

Ressort: Gesundheit

Stiftung Patientenschutz warnt vor Ausbreitung der aktiven Sterbehilfe

Berlin, 12.05.2016, 07:28 Uhr

GDN - Vor der Amsterdamer Weltkonferenz Euthanasie 2016 warnt die Deutsche Stiftung Patientenschutz vor einer weiteren Zunahme aktiver Sterbehilfe in den Beneluxstaaten. "Offenkundig ist Töten ansteckend", sagte Vorstand Eugen Brysch in einem Gespräch mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Donnerstag).

In den Niederlanden, wo aktive Sterbehilfe erlaubt ist, seien solche Tötungen seit 2006 um knapp 300 Prozent auf 5.277 Fälle im Jahr 2015 nach oben geschneilt. Die Zahlen in Belgien seien noch dramatischer: Hier habe sich die Zahl im selben Zeitraum von 429 auf 2.021 verfünffacht. Für Brysch eine dramatische Entwicklung: "Zehnmal mehr Menschen sterben in den Niederlanden durch Euthanasie als dort im Straßenverkehr." Während hier jeder einzelne Tote einer zu viel sei, bagatellisierten die Euthanasie-Befürworter die Tötung durch den Arzt. Auch werde in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als sei die Euthanasie weltweit auf dem Vormarsch. Das Gegenteil sei der Fall. Nur in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg habe sich die aktive Sterbehilfe durchgesetzt: "Bei Menschen in Lebenskrisen überlässt der Staat dort das Feld den Euthanasie-Befürwortern", kritisierte Brysch. "Die anderen 190 Länder der Welt gehen einen anderen Weg." Ein Sterbe-Tourismus in die Nachbarländer sei nicht festzustellen. So müsse ein Deutscher eine sehr enge Beziehung zu einem niederländischen Arzt haben. Das sei in der Regel aber nicht der Fall. Das Verbot von aktiver Sterbehilfe und geschäftsmäßiger Beihilfe zum Suizid in Deutschland dürfe aber nicht die alleinige Antwort auf die Nöte der schwerstkranken Menschen sein. Brysch forderte mehr Alternativen für Kranke und Leidende: "Schwerstkranken, Sterbende, Pflegebedürftige und Menschen in Lebenskrisen brauchen umfassende und professionelle Angebote der Begleitung." Gerade die Sterbenden in den Pflegeheimen haben von dem neuen Hospiz- und Palliativ-Gesetz kaum etwas. "Für die 200.000 sterbenden Pflegeheimbewohner mit Palliative-Care-Bedarf brauchen wir mehr Pflegekräfte und Geld, um sie auf Hospiz-Niveau zu versorgen", sagte Brysch. Dafür müsse Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) 720 Millionen Euro pro Jahr bereitstellen. Am Donnerstag beginnt in der niederländischen Hauptstadt Amsterdam die Weltkonferenz Euthanasie 2016 mit rund 800 Wissenschaftlern, Juristen, Politikern und Ärzten. Die Konferenz wird alle zwei Jahre von der Initiative für ein Recht auf Sterbehilfe organisiert.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-72320/stiftung-patientenschutz-warnt-vor-ausbreitung-der-aktiven-sterbehilfe.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com